



4028 A Justiz-Ministerial-Blatt für Hessen

HERAUSGEGEBEN VOM HESSISCHEN MINISTERIUM DER JUSTIZ

55. Jahrgang

Wiesbaden, den 1. November 2003

Nr. 11

	Seite
Inhalt:	
Runderlasse	
Richtlinien über die internationale Fahndung nach Personen, einschließlich der Fahndung nach Personen im Schengener Informationssystem.	425
Bekanntmachungen	
Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordenlichen Gerichtsbarkeit, der Verwaltungs- und der Finanzgerichtsbarkeit in Hessen im Jahre 2002	430
Anforderungsprofile für die Tätigkeiten im Justizvollzug gemäß II 3 a) des Personalentwicklungskonzepts für den hessischen Justizvollzug vom 1. 2. 2002	453
Personalnachrichten	496
Stellenausschreibungen	498

RUNDERLASSE

Nr. 26 Richtlinien über die internationale Fahndung nach Personen, einschließlich der Fahndung nach Personen im Schengener Informationssystem. Gem. RdErl. d. Ministeriums der Justiz (9350 - III/7 - 134/03) und des Ministeriums des Innern und für Sport (LPP21/Gr. - 2e/22e - 11985/03) - vom 19./30. 9. 2003

– JMBl. S. 425 –

– Gült.-Verz. Nr. 241 –

Nachstehende Richtlinien wurden bundeseinheitlich beschlossen:

I.

Allgemeines

1. Die internationale Fahndung nach Personen, deren Aufenthalt nicht bekannt ist, kann durch Interpol, im Schengener Informationssystem (SIS) und durch gezielte Mitfahndungsersuchen an andere Staaten veranlasst werden. International ist auch die Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung möglich.

Die internationale Fahndung darf nur beantragt werden, wenn gleichzeitig die nationale Fahndung im Informationssystem der Polizei (INPOL) betrieben wird und beabsichtigt ist, im Falle der Ermittlung des Verfolgten ein Auslieferungsersuchen anzuregen.

2. Die internationale Fahndung soll in den Vertragsstaaten* des Schengener Durchführungsübereinkommens (SDÜ; BGBl. 1993 II S. 1010) grundsätzlich im Schengener Informationssystem erfolgen.

Die internationale Fahndung im Schengener Informationssystem wird veranlasst, wenn eine deutsche Behörde die Strafverfolgung oder die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßregel der Besserung und Sicherung gegen eine Person betreibt, deren Aufenthalt nicht bekannt ist, es sei denn es liegen Anhaltspunkte vor, dass sich die gesuchte Person nur im Inland aufhält.

Eine Beschränkung der Fahndung auf ein Land oder mehrere Länder ist im Schengener Informationssystem nicht möglich.

3. Im Übrigen erfolgt die internationale Fahndung durch Interpol. Sie kann veranlasst werden, wenn eine deutsche Behörde die Strafverfolgung oder die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßregel der Besserung und Sicherung gegen eine Person betreibt, die sich vermutlich im Ausland aufhält. Sie kann auf Länder, Ländergruppen oder Fahndungszonen beschränkt werden. Bei der Entscheidung über die Fahndung sowie bei der Festlegung der Länder, Ländergruppen oder Fahndungszonen, in denen gefahndet werden soll, ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten.
4. Eine Interpol-Fahndung ist in den Staaten des Schengener Informationssystems grundsätzlich nicht möglich. Ausnahmen regelt Abschnitt II, Nummer 2, 3. Absatz. Fahndungen im Schengener Informationssystem und – für andere als Schengener Vertragsstaaten – durch Interpol sind nebeneinander möglich. Besonderheiten gelten für die gleichzeitige Ausschreibung zur Fahndung im Schengener Informationssystem und in sonstigen europäischen Nachbarstaaten (vgl. Abschnitt IV., Mischfälle).
5. Staaten, die Interpol nicht angehören (vgl. Länderteil der RiVAST), werden vom Bundeskriminalamt zur Mitfahndung ersucht, wenn die betreibende Behörde dies ausdrücklich verlangt und Anhaltspunkte vorliegen, dass sich der Verfolgte in diesem Staat aufhält.
6. Ist der Behörde, die eine internationale Fahndung veranlasst, bekannt, dass der Verfolgte auch von anderen Strafverfolgungs- oder Strafvollstreckungsbehörden gesucht wird, unterrichtet sie diese.

* Vertragsstaaten sind derzeit neben der Bundesrepublik Deutschland: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden und Spanien. Im Verhältnis zu Island und Norwegen ist das SDÜ auf Grund des Übereinkommens vom 18.5.1999 über die Assoziation bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands (BGBl. 2002 II, S. 627) anwendbar.

II.

Fahndung im Schengener Informationssystem

1. Das Schengener Informationssystem (SIS) ist als Ausgleichsmaßnahme zum Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Schengener Vertragsstaaten errichtet worden. Durch einen einheitlichen, grenzüberschreitenden Fahndungsraum soll ein mögliches Sicherheitsdefizit durch den Grenzabbau so gering wie möglich gehalten werden. Im Hinblick hierauf ist daher in jedem Fall nationaler Fahndung zu prüfen, ob nicht auch eine Fahndung im SIS veranlasst ist. Diese Prüfung ist auch bei der Verlängerung der nationalen Fahndung vorzunehmen.
2. Eine Ausschreibung im SIS nach Art. 95 SDÜ stellt ein Ersuchen um vorläufige Festnahme zum Zweck der Auslieferung dar (Art. 64 SDÜ). Die Verantwortung für die Zulässigkeit der Ausschreibung trägt die Behörde, die die Fahndung betreibt. Eine weitere Prüfung der Zulässigkeit der Ausschreibung findet - im Gegensatz zur Interpol-Ausschreibung - in der Regel nicht statt. Die Prüfung der Auslieferungsfähigkeit erfordert daher besondere Sorgfalt.

Ist eine Entscheidung über die Auslieferungsfähigkeit nicht möglich, ist eine Anfrage an die betreffenden Vertragsstaaten zu richten (Konsultationsverfahren, Art. 95 Abs. 2 SDÜ). In diesem Fall ist der obersten Justizbehörde zu berichten. Dem Bericht ist eine beglaubigte Mehrfertigung des Haftbefehls oder des vollstreckbaren Straferkenntnisses beizufügen. In Eilfällen kann die Anfrage und die Übermittlung der für die Entscheidung über die Auslieferungsfähigkeit erforderlichen Unterlagen unmittelbar über die nationale SIRENE (Abkürzung für: Supplementary Information Request at the National Entry) im Bundeskriminalamt erfolgen. Die oberste Justizbehörde ist gleichzeitig zu unterrichten.

Eine Ausschreibung im SIS ist grundsätzlich nur einheitlich im gesamten Vertragsgebiet möglich. Das Verbot der Auslieferung eigener Staatsangehöriger kann dabei unberücksichtigt bleiben, weil entsprechende Fahndungen in den Heimatstaaten automatisch mit einem Vorbehalt versehen sind. Sollten sonstige Auslieferungshindernisse in einem oder mehreren Staaten bestehen, kann in den übrigen Staaten nicht im SIS, sondern nur durch Interpol gefahndet werden.

3. Das Ersuchen um internationale Fahndung im SIS ist unter Verwendung des Vordrucks KP 21/24 sowie der ergänzenden Begleitpapiere für Informationen gemäß Art. 95 Abs. 2 SDÜ an die für die Dateneingabe zuständige Polizeidienststelle zu richten. Der Vordruck und die Begleitpapiere sind soweit möglich vollständig und ohne Bezugnahme auf Anlagen auszufüllen. Bei der „Sachverhaltschilderung“ ist die Darstellung der Modalitäten der Tatbegehung von besonderer Bedeutung. Eine bloße Bezugnahme auf den Haftbefehl reicht für die „Sachverhaltsschilderung“ nicht aus.

Dem Ersuchen ist eine beglaubigte Mehrfertigung des Haftbefehls oder des vollstreckbaren Straferkenntnisses beizufügen.

4. In besonders dringlichen Fällen versieht der Staatsanwalt zum Zwecke der beschleunigten Behandlung durch die ersuchten Vertragsparteien das Formblatt mit einem entsprechenden Hinweis.

Dringende gezielte Fahndungen, die vor Vorliegen der Fahndungsunterlagen geboten sind, können auch in den Vertragsstaaten des Schengener Durchführungsübereinkommens nur über Interpol veranlasst werden (vgl. hierzu die Hinweise zur Eilfahndung im Abschnitt Interpol-Fahndung).

5. Die Pflicht zur Überprüfung, Änderung und gegebenenfalls Löschung der Ausschreibung (Art. 105, 106 SDÜ) obliegt der ausschreibenden Stelle. Diese hat bei der jährlich erforderlichen Überprüfung, ob die nationale Fahndung zu verlängern ist, auch die SIS-Fahndung auf deren Aktualität zu überprüfen. Besteht nur eine nationale Fahndung, so ist bei deren Überprüfung immer auch zu überlegen, ob zusätzlich eine SIS-Fahndung zu veranlassen ist.

Die ausschreibende Stelle unterrichtet bei Erledigung der Ausschreibung die für die Eingabe zuständige Polizeidienststelle.

III.

Fahndung durch Interpol

1. Das Ersuchen um internationale Fahndung durch Interpol ist unter Verwendung des Vordrucks IKPO Nr. 1 mit einer Mehrfertigung über das Landeskriminalamt an das Bundeskriminalamt zu richten. Der Vordruck ist soweit möglich vollständig und ohne Bezugnahme auf Anlagen auszufüllen. Dem Ersuchen sind beizufügen:
 - a) Fingerabdruckblatt und Lichtbilder des Verfolgten - zweifach -, falls vorhanden und zur Identifizierung erforderlich, und
 - b) eine beglaubigte Mehrfertigung des Haftbefehls oder des vollstreckbaren Straferkenntnisses.

Das Landeskriminalamt ergänzt gegebenenfalls den Vordruck.

2. Wird schon vor Übersendung der Unterlagen gemäß Nummer 1, beispielsweise fernschriftlich, das Bundeskriminalamt unmittelbar um sofortige Einleitung der internationalen Fahndung ersucht, so hat das Ersuchen folgende Angaben zu enthalten:
 - a) möglichst genaue Angaben über den Verfolgten (Geburtstag und -ort, Namen der Eltern, Staatsangehörigkeit, Personenbeschreibung, Ausweis- oder Passdaten),
 - b) die Haftbefehlsdaten mit dem Namen des Richters,
 - c) eine kurze Darstellung der Straftat unter Angabe des Tatorts und der Tatzeit,
 - d) die Erklärung mit dem Namen des die Fahndung veranlassenden Staatsanwalts, dass bei gleichbleibender Sach- und Rechtslage im Fall der Ermittlung des Verfolgten ein Auslieferungsersuchen angeregt werden wird, sowie
 - e) die Länder, Ländergruppen oder Fahndungszonen, in denen gefahndet werden soll.

3. Die Löschung der Fahndung soll erst nach der Übernahme des Verfolgten durch die deutschen Behörden veranlasst werden.
4. Endet die nationale Fahndung durch Fristablauf, ist dem Bundeskriminalamt gemäß Nr. 6 RIVAST unverzüglich mitzuteilen, dass von dort aus die bestehende internationale Fahndung zu widerrufen ist.

IV.

Fahndung im SIS und durch Interpol

1. Soll in den Schengener Vertragsstaaten und in einem oder mehreren der im Vordruck KP 21/24 genannten europäischen Nachbarstaaten gefahndet werden, so ist nur der Vordruck KP 21/24 mit den ergänzenden Begleitpapieren auszufüllen. Bei den Nachbarstaaten kann die Fahndung auf einen oder mehrere Staaten beschränkt werden.

Soll nur in einem oder mehreren dieser europäischen Nachbarstaaten gefahndet werden (ohne SIS-Fahndung), so ist jedoch das Formblatt IKPO Nr. 1 zu verwenden.

2. Soll die Fahndung sowohl im Gebiet der Schengener Vertragsstaaten als auch in weiteren, nicht zu den europäischen Nachbarstaaten zu rechnenden Staaten über Interpol veranlasst werden, so ist sowohl der Vordruck KP 21/24 mit den ergänzenden Begleitpapieren als auch der Vordruck IKPO Nr. 1 auszufüllen.

V.

Festnahme im Rahmen einer Nacheile

Wird der Verfolgte im Rahmen einer Nacheile aufgegriffen, muss der zuständigen ausländischen Behörde innerhalb von sechs Stunden (wobei die Stunden zwischen Mitternacht und neun Uhr nicht mitzählen), ein Ersuchen um vorläufige Festnahme zugehen (Art. 41 Abs. 6 SDÜ).

VI.

Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung

Die Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung ist im Bereich des SIS (vgl. Art. 98 SDÜ) durch den Vordruck KP 21/24 und im Rahmen von Interpol durch IKPO Nr. 2 zu veranlassen.

VII.

Die Richtlinien treten am 1. Januar 2004 in Kraft.

BEKANNTMACHUNG

Übersicht über den Geschäftsanfall in der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Verwaltungs- und der Finanzgerichtsbarkeit in Hessen im Jahr 2002. Bek. d. MdJ v. 23. 9. 2003 (1441 - I/9 - 192/03) – JMBL. S. 430 –

(Letzte Übersicht für 2001 in JMBL. 2002 S. 492)

AMTSGERICHTE

A. Zivilsachen (ohne Familiensachen)

	2000	2001	2002
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten			
1. Mahnsachen	733.708	782.796	875.604
2. Zivilprozesssachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	107.869	104.733	108.948
Erledigungen	110.429	105.137	105.064
Unerledigt am Jahresende	48.807	48.065	52.225
b) Erledigte Verfahren	110.429	105.137	105.064
Davon waren			
Prozesskostenhilfverfahren	442	410	470
	0,4%	0,4%	0,4%
Abhilfeverfahren gemäß § 321a ZPO			48
			0,0%
Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozesse	438	349	311
	0,4%	0,3%	0,3%
Arreste oder einstweilige Verfügungen	3.061	3.190	3.317
	2,8%	3,0%	3,2%
Aufgebotsverfahren	974	1.033	961
	0,9%	1,0%	0,9%
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen	238	264	273
	0,2%	0,3%	0,3%
Gewöhnliche Prozesse über Wohnungsmietrecht	23.599	22.667	21.861
	21,4%	21,6%	20,8%

	2000	2001	2002
Verkehrsunfallrecht	9.841 8,9%	9.536 9,1%	9.445 9,0%
Bau-/Architektenrecht	583 0,5%	491 0,5%	388 0,4%
Kaufrecht	11.521 10,4%	10.782 10,3%	9.733 9,3%
sonstigen Verfahrensgegenstand	59.732 54,1%	56.415 53,7%	58.257 55,4%
3. Verteilungsverfahren	22	7	19
4. Zwangsversteigerungen von unbeweglichen Gegenständen	5.700	5.994	6.957
5. Zwangsverwaltungen	2.498	2.155	3.017
6. Vollstreckungssachen	225.954	230.578	234.048
7. Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	1.962	1.814	1.842

II. Insolvenz-, Konkurs- und Vergleichsverfahren

1. Anträge auf Eröffnung des			
a) Insolvenzverfahren (IN)	4.615	5.076	8.067
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK)	2.018	1.651	1.975
c) Insolvenzverfahren nach europäischem Recht (IE)	1	0	3
2. Eröffnete			
a) Insolvenzverfahren (IN)	834	1.058	2.425
b) Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK)	463	580	1.277
c) Insolvenzverfahren nach europäischem Recht (IE)	0	0	1
d) Konkursverfahren (Anschlusskonkursverfahren)	9	1	16
e) Vergleichsverfahren	0	0	0
f) Anträge auf Versagung oder Widerruf der Restschuldbefreiung	2	12	7

III. Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

1. Grundbuchsachen

	2000	2001	2002
a) Eintragungen von Eigentums- veränderungen	169.250	153.880	149.873
b) Eintragungen und Löschungen in Abteilung II und III	667.930	615.057	630.411
2. Landwirtschaftssachen	52	55	70
3. Registersachen (Eintragungen am Jahresende)			
a) Eingetragene Vereine	40.431	41.475	42.637
b) In das Handelsregister eingetragene Einzelkaufleute, juristische Personen, offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften	33.006	33.356	33.633
Aktiengesellschaften und Kom- manditgesellschaften auf Aktien	1.807	2.111	2.152
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	76.230	78.790	80.624
Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	23	21	20
c) Eingetragene Genossenschaften	538	521	500
d) Seeschiffe	217	215	216
e) Binnenschiffe	274	273	269
4. Vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten			
a) Am Jahresende anhängige Vormund- schaften, Pflegschaften	12.270	10.840	10.417
b) Am Jahresende anhängige Betreuungen	68.061	72.871	79.225
c) Betreuungsverfahren wurden anhängig	25.131	26.807	28.902
d) Andere vormundschaftsgerichtliche Angelegenheiten wurden anhängig	882	738	800
e) Adoptionssachen	903	814	951
5. Unterbringungssachen (einschließlich Verfahren auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung zur Unterbringung) darunter Abschiebehafthsachen	19.162 3.512	19.929 3.662	20.953 3.325

	2000	2001	2002
6. Verfügungen von Todes wegen, Nachlass- und Teilungssachen			
a) Testamente und Erbverträge, die zur Verwahrung übergeben oder abgegeben, abgeliefert oder zur Aufbewahrung übersandt wurden	41.374	41.688	40.184
b) Vermittlungen von Auseinandersetzungen	4	2	2
c) Sonstige Handlungen des Nachlassgerichts	42.644	41.532	45.084
7. Gerichtliche Urkunden, Standesamtssachen			
a) Beurkundungen	21.252	20.575	21.791
b) Angelegenheiten der Beratungshilfe	30.373	31.256	33.901
c) Sonstige Handlungen und Entscheidungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit außerhalb eines anhängigen Verfahrens	3.165	3.294	3.884
d) Anträge auf Todeserklärung und Feststellung der Todeszeit	119	78	65
e) Standesamtssachen	822	738	733
IV. Kirchenaustritte	27.714	26.443	27.383
V. Hinterlegungssachen	3.018	3.010	3.205

B. Familiensachen

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	38.705	41.589	41.388
Erledigungen	36.880	38.432	39.818
Unerledigt am Jahresende	35.623	37.358	38.675
b) Erledigte Verfahren	36.880	38.432	39.818
Davon waren			
Scheidungsverfahren	17.352	17.665	18.372
	47,0%	46,0%	46,1%
andere Eheverfahren	146	163	231
	0,4%	0,4%	0,6%

	2000	2001	2002
Verfahren über abgetrennte Scheidungsfolgesachen	1.960 5,3%	2.058 5,4%	1.919 4,8%
Verfahren über allein anhängige andere Familiensachen	17.186 46,6%	18.292 47,6%	19.068 47,9%
Prozesskostenhilfverfahren	236 0,6%	254 0,7%	228 0,6%

C. Strafsachen

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	50.891	48.942	52.001
Erledigungen	52.273	49.939	50.764
Unerledigt am Jahresende	21.075	20.132	21.283
b) Erledigte Verfahren	52.273	49.939	50.764
Davon waren			
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft zuungunsten des Beschuldigten	20 0,0%	27 0,1%	24 0,0%
zugunsten des Beschuldigten	67 0,1%	63 0,1%	90 0,2%
Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz	12 0,0%	13 0,0%	16 0,0%
Eröffnungen des Hauptverfahrens durch ein Gericht höherer Ordnung	22 0,0%	19 0,0%	22 0,0%
Vorlagen/Verweisungen durch ein Gericht niederer Ordnung	97 0,2%	105 0,2%	89 0,2%
in ein Strafverfahren übergegangene Bußgeldverfahren	9 0,0%	13 0,0%	22 0,0%
Anklagen	37.186 71,1%	35.524 71,1%	35.997 70,9%

	2000	2001	2002
Anträge auf Entscheidung im beschleunigten Verfahren	3.635 7,0%	3.832 7,7%	4.440 8,7%
Anträge auf Entscheidung im vereinfachten Jugendverfahren	1.227 2,3%	1.245 2,5%	1.180 2,3%
Anberaumung der Hauptverhandlung statt Erlass des Strafbefehls	399 0,8%	353 0,7%	349 0,7%
Einsprüche gegen einen von der Staatsanwaltschaft beantragten Strafbefehl	9.365 17,9%	8.535 17,1%	8.303 16,4%
Einsprüche gegen einen von der Finanzbehörde beantragten Strafbefehl	97 0,2%	121 0,2%	145 0,3%
Privatklagen	129 0,2%	88 0,2%	81 0,2%
c) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Anträge auf Erlass von Strafbefehlen	38.759	34.402	37.527
2. Richterliche Entscheidungen in Haftsachen	11.580	10.546	10.427
3. Sonstige richterliche Maßnahmen	34.811	38.054	39.633

D. Bußgeldverfahren

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	23.332	19.720	19.906
Erledigungen	23.550	20.822	19.835
Unerledigt am Jahresende	6.060	4.878	4.894
b) Geschäftsanfall ausgewählter Verfahren			
1. Erzwingungshaftanträge	11.307	9.474	9.663
2. Anträge auf gerichtliche Entscheidung nach § 25 a Abs. 3 StVG, § 62 Abs. 1 Satz 1 OWiG (Halterhaftung)	1.249	1.433	1.369

	2000	2001	2002
3. Sonstige Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörden	341	254	198
4. Sonstige Anträge und Entscheidungen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	763	1.764	1.668

E. Rechtshilfesachen

Ersuchen an das Amtsgericht	21.540	22.464	23.075
Ersuchen an die Geschäftsstelle	12.037	9.991	10.699

LANDGERICHTE

A. Zivilsachen

	2000	2001	2002
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in erster Instanz			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	33.131	31.356	33.573
Erledigungen	30.064	31.269	32.076
davon durch die			
Zivilkammer	25.498	26.567	27.003
Kammer für Handelssachen	4.525	4.670	5.047
Kammer für Baulandsachen	33	27	23
Entschädigungskammer	8	5	3
Wiedergutmachungskammer	0	0	0
Unerledigt am Jahresende	23.429	23.443	24.934
b) Erledigte Verfahren	30.064	31.269	32.076
Davon waren			
Prozesskostenhilfverfahren	916 3,0%	659 2,1%	608 1,9%
Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozesse	583 1,9%	503 1,6%	554 1,7%
Arreste und einstweilige Verfügungen	2.357 7,8%	2.232 7,1%	2.157 6,7%

	2000	2001	2002
Klagen in Zwangsvollstreckungs- sachen	413 1,4%	349 1,1%	354 1,1%
Baulandsachen	33 0,1%	27 0,1%	23 0,1%
Entschädigungs- und Rück- erstattungssachen	8 0,0%	5 0,0%	3 0,0%
Gewöhnliche Prozesse über Verkehrsunfallrecht	1.164 3,9%	1.098 3,5%	1.068 3,3%
Bau-/Architektenrecht	1.279 4,3%	957 3,1%	1.048 3,3%
Kaufrecht	4.013 13,3%	3.699 11,8%	3.575 11,1%
sonstigen Verfahrensgegenstand	19.298 64,2%	21.740 69,5%	22.686 70,7%
c) Erledigungen der Zivilkammern	25.498	26.567	27.003
Davon waren im Zeitpunkt der Erledigung dem			
Einzelrichter übertragen	11.466 45,0%	12.472 46,9%	21.018 77,8%
bei der Kammer anhängig	14.032 55,0%	14.095 53,1%	5.985 22,2%

II. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	7.533	7.217	5.888
Erledigungen	7.817	7.383	6.612
davon durch die			
Zivilkammer	7.736	7.282	6.549
Kammer für Handelssachen	81	101	63
Unerledigt am Jahresende	3.598	3.429	2.705
b) Erledigte Verfahren	7.817	7.383	6.612
Davon waren			
Prozesskostenhilfverfahren	35 0,4%	30 0,4%	15 0,2%

	2000	2001	2002
Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozesse	16 0,2%	8 0,1%	2 0,0%
Arreste und einstweilige Verfügungen	41 0,5%	40 0,5%	32 0,5%
Klagen in Zwangsvollstreckungssachen	9 0,1%	10 0,1%	6 0,1%
Gewöhnliche Prozesse über Wohnungsmietrecht	1.510 19,3%	1.369 18,5%	1.076 16,3%
Verkehrsunfallrecht	867 11,1%	825 11,2%	816 12,3%
Bau-/Architektenrecht	93 1,2%	71 1,0%	54 0,8%
Kaufrecht	618 7,9%	467 6,3%	408 6,2%
sonstigen Verfahrensgegenstand	4.628 59,2%	4.563 61,8%	4.203 63,6%
III. Beschwerden			
Eingänge	9.404	9.247	8.671

B. Strafsachen

I. Strafsachen in erster Instanz

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	1.259	1.171	1.237
Erledigungen	1.291	1.198	1.274
Unerledigt am Jahresende	790	760	721

b) Erledigte Verfahren

Darunter waren

Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft

14 1,1%	12 1,0%	22 1,7%
------------	------------	------------

Zurückverweisungen durch die Rechtsmittelinstanz

30 2,3%	42 3,5%	27 2,1%
------------	------------	------------

	2000	2001	2002
Anklagen	1.153 89,3%	1.042 87,0%	1.109 87,0%
Vorlagen oder Verweisungen durch Gerichte niederer Ordnung	66 5,1%	60 5,0%	81 6,4%
Anträge auf Einleitung eines Sicherungsverfahrens	27 2,1%	41 3,4%	31 2,4%

II. Strafsachen in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	3.448	3.155	3.209
Erledigungen	3.411	3.256	3.385
Unerledigt am Jahresende	1.657	1.555	1.366

b) Erledigte Verfahren

Davon waren	3.411	3.256	3.385
Berufungen in Privatklageverfahren	5 0,1%	8 0,2%	3 0,1%
Anträge auf Wiederaufnahme nach Rechtskraft	3 0,1%	5 0,2%	7 0,2%
durch die Rechtsmittelinstanz zurückverwiesene Verfahren	35 1,0%	45 1,4%	33 1,0%
Berufungen in Officialverfahren	3.338 97,9%	3.174 97,5%	3.312 97,8%
Annahmeberufungen in Officialverfahren	30 0,9%	24 0,7%	30 0,9%

III. Beschwerden in Strafsachen

Eingänge	3.614	3.309	3.335
----------	-------	-------	-------

IV. Strafvollstreckungssachen

1. Verfahren vor der (kleinen) Strafvollstreckungskammer	7.591	7.406	7.959
2. Verfahren vor der (großen) Strafvollstreckungskammer	585	544	544

**STAATSANWALTSCHAFTEN UND AMTSANWALTSCHAFT
FRANKFURT AM MAIN**

A. Geschäfte der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

	2000	2001	2002
I. Anzeigesachen (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	141.297	144.725	147.404
Erledigungen	136.348	146.020	151.312
Unerledigt am Jahresende	39.637	38.604	37.439
II. Anzeigen gegen unbekannte Täter	77.724	75.092	83.032
III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	481	394	307

B. Geschäfte der Amtsanwältinnen und Amtsanwälte

I. Anzeigesachen (ohne Verfahren gegen unbekannte Täter und Bußgeldsachen)			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	156.533	158.970	166.438
Erledigungen	155.534	159.319	171.364
Unerledigt am Jahresende	33.358	32.932	33.907
II. Anzeigen gegen unbekannte Täter	192.061	177.383	203.252
III. Verfahren nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz	24.385	19.972	19.771

C. Strafvollstreckung

I. Zahl der Personen, gegen die eine Vollstreckung eingeleitet wurde	70.599	75.387	76.367
---	--------	--------	--------

	2000	2001	2002
II. Abwendung der Ersatzfreiheitsstrafe			
1. Zahl der Personen, welche die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet haben	1.932	1.489	1.685
2. Zahl der Tage der Ersatzfreiheitsstrafe, deren Vollstreckung durch unentgeltliche gemeinnützige Tätigkeit abgewendet wurde	67.654	52.840	58.545

D. Andere Geschäfte der Staats-(Amts-)anwaltschaften

Gnadensachen	369	390	446
Entschädigungssachen nach dem StREG	241	157	254
Zivilsachen	4	5	77
Rechtshilfesachen	4.057	5.807	6.382

OBERLANDESGERICHT

A. Zivilsachen (ohne Familiensachen)

	2000	2001	2002
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	4.848	5.568	4.972
Erledigungen	5.242	5.035	5.353
Unerledigt am Jahresende	5.281	5.794	5.396
b) Erledigte Verfahren	5.242	5.035	5.353
Davon waren			
Prozesskostenhilfverfahren	30 0,6%	12 0,2%	15 0,3%
Urkunden-, Wechsel- und Scheckprozesse	14 0,3%	17 0,3%	17 0,3%
Arreste und einstweilige Verfügungen	115 2,2%	150 3,0%	113 2,1%

	2000	2001	2002
Klagen in Zwangsvollstreckungs- sachen	19 0,4%	16 0,3%	4 0,1%
Baulandsachen	4 0,1%	8 0,2%	7 0,1%
Entschädigungs- und Rücker- stattungssachen	17 0,3%	24 0,5%	34 0,6%
Gewöhnliche Prozesse über Verkehrsunfallrecht	156 3,0%	143 2,8%	108 2,0%
Bau-/Architektenrecht	190 3,6%	120 2,4%	107 2,0%
Kaufrecht	631 12,0%	517 10,3%	415 7,8%
sonstigen Verfahrensgegenstand	4.065 77,5%	4.028 80,0%	4.531 84,6%
II. Beschwerden			
Eingänge	3.209	3.245	2.681

B. Familiensachen

I. Familiensachen in der Berufungsinstanz

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	1.697	1.679	1.765
Erledigungen	1.676	1.605	1.767
Unerledigt am Jahresende	1.135	1.219	1.219

b) Erledigte Verfahren

Davon waren

Scheidungsverfahren	76 4,5%	77 4,8%	67 3,8%
andere Eheverfahren	3 0,2%	7 0,4%	1 0,1%

Verfahren über abgetrennte
Scheidungsfolgesachen und allein
anhängige andere Familiensachen

	1.581 94,3%	1.509 94,0%	1.695 95,9%
--	----------------	----------------	----------------

Prozesskostenhilfverfahren	15 0,9%	12 0,7%	4 0,2%
----------------------------	------------	------------	-----------

	2000	2001	2002
II. Beschwerden in Familiensachen			
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	1.578	1.536	1.527
Erledigungen	1.579	1.547	1.574
Unerledigt am Jahresende	417	406	359
b) Gegenstände der erledigten Beschwerdeverfahren insgesamt	1.579	1.551	1.576
Davon betrafen			
Prozesskostenhilfe	714 45,2%	687 44,3%	808 51,3%
einstweilige Anordnungen (§ 620 c ZPO) über die elterliche Sorge	63 4,0%	62 4,0%	43 2,7%
die Herausgabe eines Kindes	13 0,8%	12 0,8%	6 0,4%
die Ehewohnung	6 0,4%	12 0,8%	12 0,8%
die Aussetzung des Scheidungsverfahrens	0 0,0%	0 0,0%	0 0,0%
Unterbringung eines Kindes nach § 1631 b BGB	0 0,0%	2 0,1%	2 0,1%
den Wert des Verfahrensgegenstandes	114 7,2%	92 5,9%	64 4,1%
eine Kostenangelegenheit	249 15,8%	222 14,3%	234 14,8%
eine sonstige Angelegenheit	420 26,6%	462 29,8%	407 25,8%

C. Strafsachen

I. Strafsachen in erster Instanz

Geschäftsentwicklung:

Eingänge	0	1	3
Erledigungen	1	0	0
Unerledigt am Jahresende	0	1	4

	2000	2001	2002
II. Strafsachen in der Revisionsinstanz			
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	383	333	338
Erledigungen	383	328	332
Unerledigt am Jahresende	42	47	53
III. Geschäftsanfall an sonstigen Verfahren			
Beschwerden in Strafsachen	1.353	1.468	1.476
Anträge auf Haftentscheidung (§§ 121 ff. StPO)	577	621	543
Anträge auf gerichtliche Entscheidung im Klageer- zwingungsverfahren (§ 172 StPO)	182	166	184
Auslieferungsverfahren	303	337	293
Verfahren nach § 23 EGGVG	57	34	32
Anträge nach § 99 BRAGO	189	239	198

D. Bußgeldverfahren

I. Rechtsbeschwerden und Anträge auf Zulassung der Rechtsbeschwerden

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	588	481	407
Erledigungen	582	480	400
Unerledigt am Jahresende	20	21	28

b) Erledigte Verfahren

Davon waren

Rechtsbeschwerden gegen ein Urteil

318	276	207
54,6%	57,5%	51,8%

Rechtsbeschwerden gegen einen Beschluss nach § 72 OWiG

63	50	53
10,8%	10,4%	13,3%

Anträge auf Zulassung der Rechts- beschwerde (§ 80 Abs. 1 OWiG)

201	154	140
34,5%	32,1%	35,0%

	2000	2001	2002
II. Sonstiger Geschäftsanfall			
Einsprüche nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen	0	7	0

STAATSANWALTSCHAFT BEI DEM OBERLANDESGERICHT

A. Ermittlungsverfahren

	2000	2001	2002
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	12	0	0
Erledigungen	8	10	2
Unerledigt am Jahresende	16	6	4

B. Andere Geschäfte

Revisionen	402	380	361
Rechtsbeschwerden nach dem OWiG	566	480	381
Beschwerden gegen gerichtliche Entscheidungen	1.407	1.237	1.269
Beschwerden gegen Staats-/Anwälte (Zs)	2.494	2.430	2.425
Haftprüfungsverfahren	352	357	312
Aus- und Durchlieferungssachen Verfahren nach der BRAO, der BNotO und dem Steuerberatungsgesetz	399	325	422
Rechtssachen (Vertretung des Fiskus)	249	253	184
Entschädigungssachen nach dem StREG	221	218	260
Rechtshilfeangelegenheiten mit dem Ausland	492	374	431
Kartellbußgeldsachen	7	0	0

VERWALTUNGSGERICHE

A. Hauptverfahren

	2000	2001	2002
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	11.379	11.355	11.384
darunter Asylsachen	5.292	4.730	5.153
Erledigungen	16.328	14.527	13.951
darunter Asylsachen	9.557	7.106	6.464
Unerledigt am Jahresende	21.291	18.122	15.728
darunter Asylsachen	10.545	8.180	6.928
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	16.328	14.527	13.951
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	90 0,6%	77 0,5%	98 0,7%
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	279 1,7%	258 1,8%	224 1,6%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungs- recht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	648 4,0%	753 5,2%	745 5,3%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	11.534 70,6%	9.394 64,7%	8.976 64,3%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	550 3,4%	551 3,8%	537 3,8%
Abgabenrecht	716 4,4%	940 6,5%	950 6,8%
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	1.122 6,9%	1.033 7,1%	1.052 7,5%
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kinder- gartenrecht, Kriegsfolgenrecht sowie			

	2000	2001	2002
Recht der offenen Vermögensfragen	1.296 7,9%	1.386 9,5%	1.247 8,9%
Sonstiges	93 0,6%	135 0,9%	122 0,9%

B. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren

I. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

(ohne numerus-clausus-Sachen)

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	7.309	6.121	5.988
darunter Asylsachen	2.643	2.169	2.353
Erledigungen	7.693	6.572	6.152
darunter Asylsachen	2.742	2.252	2.337
Unerledigt am Jahresende	1.658	1.201	1.035
darunter Asylsachen	326	242	254

b) Erledigte Verfahren

(ohne Parallelsachen)

Davon entfielen auf die Sachgebiete

Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht,
Recht der juristischen Personen des
öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht

31	54	61
0,4%	0,8%	1,0%

Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen-
und Erwachsenenbildungsrecht, Sport

105	125	73
1,4%	1,9%	1,2%

Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungs-
recht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst-
und Fischereirecht, Recht der
freien Berufe

123	85	106
1,6%	1,3%	1,7%

Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht,
Umweltschutz

5.394	4.392	4.256
70,1%	66,8%	69,2%

Raumordnung, Landesplanung, Bau-,
Boden- und Städtebauförderungsrecht
einschließlich Enteignung

295	325	222
3,8%	4,9%	3,6%

	2000	2001	2002
Abgabenrecht	373 4,8%	257 3,9%	235 3,8%
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	349 4,5%	402 6,1%	393 6,4%
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kinder- gartenrecht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	976 12,7%	847 12,9%	770 12,5%
Sonstiges	47 0,6%	85 1,3%	36 0,6%
II. Geschäftsentwicklung der Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in numerus-clausus-Sachen:			
Eingänge	1.315	1.138	1.850
Erledigungen	1.297	861	1.424
Unerledigt am Jahresende	171	447	871
III. Vollstreckungsverfahren	709	515	204
IV. Sonstige Anträge außerhalb eines bei Gericht anhängigen Verfahrens	1.218	863	1008

HESSISCHER VERWALTUNGSGERICHTSHOF

A. Hauptverfahren in erster Instanz

	2000	2001	2002
Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	68	109	80
Erledigungen	137	84	121
Unerledigt am Jahresende	194	206	166

**B. Berufungen, Beschwerden gegen Hauptsacheentscheidungen in
Personalvertretungssachen und Beschwerden in Disziplinarverfahren**

	2000	2001	2002
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	2.310	1.827	1.884
darunter Asylsachen	1.665	1.173	1.068
Erledigungen	2.481	2.236	2.308
darunter Asylsachen	1.785	1.500	1.501
Unerledigt am Jahresende	2.542	2.149	1.733
darunter Asylsachen	1.732	1.420	989
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	2.481	2.236	2.308
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	12 0,5%	8 0,4%	12 0,5%
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	7 0,3%	12 0,5%	23 1,0%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungs- recht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	70 2,8%	86 3,8%	81 3,5%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	1.915 77,2%	1.656 74,1%	1.716 74,4%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht ein schließlich Enteignung	122 4,9%	132 5,9%	97 4,2%
Abgabenrecht	117 4,7%	146 6,5%	199 8,6%
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	91 3,7%	104 4,7%	91 3,9%
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kinder- gartenrecht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	144 5,8%	92 4,1%	86 3,7%
Sonstiges	3 0,1%	0 0,0%	3 0,1%

**C. Beschwerden gegen Entscheidungen/Verfahren zur Gewährung
von vorläufigem Rechtsschutz und sonstige Verfahren**

	2000	2001	2002
I. a) Geschäftsentwicklung der Beschwerden gegen Entscheidungen/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz (ohne numerus-clausus-Sachen):			
Eingänge	1.211	1.020	1.107
Erledigungen	1.247	1.148	1.059
Unerledigt am Jahresende	307	197	245
b) Erledigte Verfahren (ohne Parallelsachen)	1.247	1.148	1.059
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Parlaments-, Wahl- und Kommunalrecht, Recht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts, Staatsaufsicht	11 0,9%	11 1,0%	4 0,4%
Kultur-, Schul-, Hochschul-, Kirchen- und Erwachsenenbildungsrecht, Sport	14 1,1%	25 2,2%	22 2,1%
Wirtschafts- und Wirtschaftsverwaltungs- recht, Landwirtschafts-, Jagd-, Forst- und Fischereirecht, Recht der freien Berufe	21 1,7%	29 2,5%	35 3,3%
Polizei-, Ordnungs- und Wohnrecht, Umweltschutz	703 56,4%	666 58,0%	620 58,5%
Raumordnung, Landesplanung, Bau-, Boden- und Städtebauförderungsrecht einschließlich Enteignung	85 6,8%	94 8,2%	80 7,6%
Abgabenrecht	132 10,6%	95 8,3%	46 4,3%
Öffentlicher Dienst, Wehrpflicht, Dienstrecht des Zivilschutzes, Personalvertretungsrecht	85 6,8%	74 6,4%	108 10,2%
Sozialrecht, Jugendschutzrecht, Kinder- gartenrecht, Kriegsfolgenrecht sowie Recht der offenen Vermögensfragen	194 15,6%	149 13,0%	143 13,5%
Sonstiges	2 0,2%	5 0,4%	1 0,1%

II. Geschäftsentwicklung der Beschwerden gegen Entscheidungen/Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz in numerus-clausus-Sachen:

	2000	2001	2002
Eingänge	121	31	152
Erledigungen	131	69	114
Unerledigt am Jahresende	37	0	38
III. Sonstige Beschwerden	335	292	401

HESSISCHES FINANZGERICHT

A. Klagen

	2000	2001	2002
a) Geschäftsentwicklung:			
Eingänge	5.046	4.470	3.887
Erledigungen	5.241	4.953	4.078
Unerledigt am Jahresende	5.922	5.441	5.250
b) Gegenstände der erledigten Verfahren	5.833	5.517	4.594
Davon entfielen auf die Sachgebiete			
Steuern vom Einkommen	3.218	3.037	2.223
	61,4%	61,3%	54,5%
Steuern vom Vermögen	42	44	42
	0,8%	0,9%	1,0%
Objektbezogene Steuern	308	300	262
	5,9%	6,1%	6,4%
Verkehr- und Verbrauchsteuern	712	642	627
	13,6%	13,0%	15,4%
Angelegenheiten, soweit sie der Gesetzgebung des Bundes unterliegen und durch Bundesbehörden verwaltet werden (außer Verbrauchsteuern)	54	50	51
	1,0%	1,0%	1,3%
Prämien, Zulagen und sonstige Förderungsleistungen	568	588	606
	10,8%	11,9%	14,9%
Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	614	514	425
	11,7%	10,4%	10,4%

	2000	2001	2002
Haftung für Steuern	50 1,0%	57 1,2%	64 1,6%
AO/FGO-Sachen, sonstige Verfahren	267 5,1%	285 5,8%	294 7,2%

B. Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz

a) Geschäftsentwicklung:

Eingänge	676	638	613
Erledigungen	719	622	632
Unerledigt am Jahresende	164	180	161

b) Erledigte Verfahren

Davon waren	719	622	632
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 69 Abs. 3 FGO	707 98,3%	622 100,0%	629 99,5%
Anträge auf Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach § 114 FGO	12 1,7%	0 0,0%	3 0,5%

C. Sonstige Verfahren

Kostensachen	93	64	73
Sonstige selbständige Verfahren	7	5	7

Personalentwicklung

I. Vorbemerkung

II. Begriffsdefinitionen

III. Aufgabenkurzbeschreibungen und Anforderungsprofile

I. VORBEMERKUNG

Die optimale Besetzung von Funktionen, d.h. die richtige Person am richtigen Platz, ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Aufgaben- und Zielerfüllung im Justizvollzug. Die Auswahl einer Bewerberin oder eines Bewerbers erfolgt unter systematischem Abgleich von Eignungspotenzial der Bewerberinnen und Bewerber mit den festgelegten Anforderungen und unter Einbeziehung des Orientierungsrahmens.

Die qualitativen Anforderungen an eine Funktion werden durch Anforderungsprofile definiert. Sie legen fest, welche persönlichen und fachlichen Fähigkeiten nach Art und Ausbringungsgrad von den Bewerberinnen und Bewerbern erbracht werden müssen und ermöglichen somit einen systematischen Abgleich zwischen Eignungspotenzial und Anforderungen.

Die Anforderungsprofile untergliedern sich in

- Aufgabenkurzbeschreibung,
- fachliche und methodische Anforderungen,
- persönliche und soziale Anforderungen,
- herausgehobene Anforderungen.

Auf der Grundlage der Aufgabenkurzbeschreibungen sind in jeder Justizvollzugsanstalt ausführliche, die anstaltsspezifischen Gegebenheiten berücksichtigende Aufgabenbeschreibungen zu fertigen. Hingegen sind die fachlichen, methodischen, persönlichen, sozialen und herausgehobenen Anforderungen für alle Justizvollzugsanstalten verbindlich.

Die fachlichen und methodischen Anforderungen geben Aufschluss über die Bildungsvoraussetzungen und die erwarteten Fachkenntnisse.

Die persönlichen und sozialen Anforderungen orientieren sich an den Richtlinien über die dienstliche Beurteilung der Beamtinnen und Beamten im Justizvollzugsdienst des Landes Hessen.

IT-Kenntnisse sind unabdingbare Grundvoraussetzung für eine Tätigkeit im Justizvollzug und deshalb nicht in den Anforderungsprofilen enthalten.

Den herausgehobenen Anforderungen ist ein höheres Gewicht beizumessen.

Die Anforderungsprofile sind Bestandteil jeder Ausschreibung und definieren die Auswahlkriterien für das Besetzungsverfahren. Beurteilungen und Besetzungsberichte der Behördenleitungen sowie der Orientierungsrahmen sind zu berücksichtigen, ebenso die besonderen Anforderungen des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes und des Schwerbehindertengesetzes.

II. BEGRIFFSDEFINITION

- **Auffassungsgabe**

Sie oder er besitzt die Fähigkeit - auch neue - Sachverhalte und Zusammenhänge schnell und richtig zu erfassen und das Wesentliche herauszufinden.

- **Ausdrucksfähigkeit**

Sie oder er kann sich mündlich und schriftlich präzise, gewandt und überzeugend ausdrücken, geht aktiv auf Menschen zu, kann sich auf das Sprachverständnis und auf die Aufnahmefähigkeit der Gesprächspartnerin oder des Gesprächspartners einstellen, ist freundlich und verbindlich im Umgang, findet Akzeptanz bei anderen, kommuniziert zielgerichtet, stellt durch das Eingehen auf andere Beteiligte und Umgangsformen ein positives Kommunikationsklima her und fördert dadurch den ergebnisorientierten Gedankenaustausch zwischen den Beteiligten. Sie oder er ist in der Lage, Informationen auf strukturierte Weise unter Berücksichtigung der Empfängerin oder des Empfängers, des Kontexts sowie der Regeln der Rechtschreibung und Grammatik schriftlich darzustellen und Strategien für die Kommunikation zu entwickeln und umzusetzen.

- **Belastbarkeit**

Sie oder er nimmt Belastungen an und kann sie aushalten, behält in schwierigen Situationen den Überblick und versucht, Probleme sachorientiert zu lösen und behält auch in schwierigen Situationen den geforderten Leistungsstandard. Sie oder er ist in der Lage mit Veränderungen jeglicher Art umzugehen.

- **Betriebswirtschaftliches Denken und Handeln**

Sie oder er handelt kostenbewusst, setzt Ressourcen unter Berücksichtigung der strategischen Ziele ökonomisch ein, hat die Fähigkeit, die wirtschaftlichen Auswirkungen von Maßnahmen einzuschätzen und so zu steuern, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis optimiert wird.

- **Einfühlungsvermögen**

Sie oder er hat die Fähigkeit, sich in die Situation anderer zu versetzen und auf die Eigenheiten und persönlichen Handlungsweisen anderer Personen verständnisvoll zu reagieren. Dies zeigt sich in einem Verhalten, das auf andere Rücksicht nimmt und deren Sichtweise der Situation bei eigenen Entscheidungen und Handlungen einbezieht. Sie oder er findet für alle Probleme oder Situationen Lösungen oder entwickelt Lösungsansätze und berät die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

- **Entscheidungskompetenz**

Sie oder er trifft Entscheidungen zielsicher, eigenständig und unmittelbar unter Abwägung der wesentlichen Fakten und ist bereit, die damit verbundenen Risiken zu tragen. Sie oder er begründet und überprüft Entscheidungen.

- **Führungskompetenz/-erfolg**

Sie oder er beherrscht Führungsstile und -techniken, kann diese situationsgerecht anwenden, delegiert Aufgaben und Verantwortung in kooperativer Weise, beurteilt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fundiert, gibt ihnen Feedback und fördert ihre Entwicklung.

Sie oder er setzt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgsorientiert, Sach- und Arbeitsmittel effizient ein, plant und realisiert Arbeitsprozesse systematisch und ergebnisorientiert, informiert Vorgesetzte, andere Führungskräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtzeitig und der jeweiligen Aufgabenstellung angemessen, vereinbart Ziele und verfolgt deren Erreichung.

Sie oder er kontrolliert und steuert den Verlauf von Arbeitsprozessen und Ergebnissen, erkennt rechtzeitig Zielabweichungen und leitet notwendige Maßnahmen ein.

- **Initiative**

Sie oder er handelt eigenmotiviert, setzt sich Ziele, engagiert sich aus eigenem Antrieb für deren Realisierung, plant und realisiert eigenverantwortlich, zeigt Bereitschaft mehr zu tun, als unbedingt notwendig ist, informiert sich umfassend und ausführlich, analysiert Fehler und nutzt sie als Chance.

- **Konfliktmanagement**

Sie oder er ist in der Lage, konstruktiv Kritik zu üben und anzunehmen sowie im Sinne einer Ergebnisorientierung eigene Interessen und Befindlichkeiten zurückzustellen. Sie oder er findet Lösungsansätze, erarbeitet Kompromissvorschläge, trifft Vereinbarungen zur Sicherstellung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

- **Kreativität**

Sie oder er hat die Fähigkeit neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen, über den bisherigen Erfahrungshorizont hinauszugehen, offen zu sein gegenüber neuen Themen und Vorschlägen und neuen Sichtweisen Raum zu geben.

– **Organisationsfähigkeit**

Sie oder er besitzt die Fähigkeit zu vorausschauender planvoller, ergebnis- und zielorientierter Aufgabenerledigung. Sie oder er ist bereit, für die in ihrem oder seinem zukünftigen Zuständigkeitsbereich liegenden Abläufe Verantwortung zu tragen.

– **Pädagogische/didaktische Fähigkeiten**

Sie oder er ist in der Lage zu lehren und zu unterrichten, Inhalte und Wissen unter Verwendung entsprechender Techniken und Methoden zu vermitteln.

– **Repräsentationsfähigkeit**

Sie oder er ist in Erscheinungsbild und Rhetorik in der Lage, ihre oder seine Behörde in der Öffentlichkeit angemessen zu vertreten.

– **Servicebewusstsein**

Sie oder er richtet die Arbeit empfängerorientiert aus, pflegt auch in schwierigen Situationen verbindliche Umgangsformen, ist jederzeit ansprechbar und stets bereit an Lösungsmodellen mitzuarbeiten.

– **Soziale Kompetenz**

Soziale Kompetenz umfasst soziales Verhalten, Einfühlungsvermögen, Verhandlungsgeschick/Fähigkeit sich durchzusetzen, Teamfähigkeit und Zusammenarbeit.

Sie oder er hat die Bereitschaft zur uneingeschränkten Zusammenarbeit mit anderen Bediensteten, auf andere einzugehen und zur Verbesserung und Aufrechterhaltung der Zusammenarbeit, Zeit und Arbeit zu investieren, Informationen weiterzugeben, Erfahrungen auszutauschen und persönliche Interessen zurückzustellen.

Sie oder er stellt eigene Kenntnisse zur Verfügung, erarbeitet mit anderen gemeinsame Lösungen, akzeptiert Standpunkte und Meinungen anderer, bezieht sie ein, greift deren Ideen auf und führt sie weiter, ist in der Lage, konstruktive Kritik angemessen zu äußern sowie die Zusammenarbeit zu fördern und zu verbessern.

Sie oder er ist teamfähig, besitzt Einfühlungsvermögen und zeigt Verständnis im Umgang mit Vorgesetzten, Kollegen und Gefangenen.

Sie oder er erkennt Wünsche und Absichten anderer, beobachtet Reaktionen der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner und präsentiert das für sie Wesentliche. Sie oder er hat die Fähigkeit, eigene Vorstellungen und Ziele oder diejenigen der Organisationseinheit durchzusetzen oder andere davon zu überzeugen.

– **Verantwortungsbewusstsein/Verantwortungsbereitschaft**

Sie oder er ist bereit Verantwortung für die Ziele der Organisationseinheit oder für einzelne Aufgaben zu übernehmen, bedenkt die Folgen seines Handelns oder Unterlassens genau und gründlich, geht gewissenhaft und schnell an die Lösung von Aufgaben heran und schätzt die Folgen ihres oder seines Handelns ein, erkennt kritische Situationen und handelt problemlösungsorientiert.

III. ANFORDERUNGSPROFILE

- 1 Anstaltsleitung
- 2 Controlling
- 3 Leitung Verwaltungsabteilung
- 4 Sachgebietsleitung Personal und allgemeine Verwaltung
- 5 Sachbearbeitung Personal und allgemeine Verwaltung
- 6 Sachgebietsleitung Datenverarbeitung
- 7 Sachgebietsleitung Rechnungswesen
- 8 Sachbearbeitung Rechnungswesen
- 9 Sachgebietsleitung Versorgungswesen
- 10 Sachbearbeitung Versorgungswesen
- 11 Sachgebietsleitung Vollzugsgeschäftsstelle
- 12 Sachbearbeitung Vollzugsgeschäftsstelle
- 13 Leitung Vollzugsabteilung
- 14 Psychologischer Dienst
- 15 Sozialdienst
- 16 Sachgebietsleitung Sicherheitsdienst
- 17 Vollzugsdienstleitung
- 18 Ausbildungsleitung
- 19 Bereichsleitung
- 20 Stations- oder Wohngruppendienst
- 21 Zentrale
- 22 Außenposten
- 23 Besuch
- 24 Leitung Kammer
- 25 Kammer
- 26 Transport- und Fahrdienst
- 27 Leitung Gefangenensammeltransport
- 28 Transportleitung Gefangenensammeltransport
- 29 Transportbegleitung Gefangenensammeltransport
- 30 Betriebsleitung Ausbildungsbetriebe
- 31 Betriebsleitung Eigen, Versorgungs-, und Unternehmerbetriebe
- 32 Werkdienst
- 33 Sachgebietsleitung medizinische Versorgung
- 34 Leitung Zentralkrankenhaus
- 35 Leitung Krankenpflegedienst
- 36 Krankenpflegedienst
- 37 Sportlehrerin/Sportlehrer
- 38 Sportübungsleiterin/Sportübungsleiter
- 39 Leitung der Aus- und Fortbildungsstätte für Justizvollzugsbedienstete des Landes Hessen - H.B. Wagnitz-Seminar -
- 40 Abteilungsleitung Ausbildung der Aus- und Fortbildungsstätte für Justizvollzugsbedienstete des Landes Hessen - H.B. Wagnitz-Seminar -
- 41 Abteilungsleitung Fortbildung der Aus- und Fortbildungsstätte für Justizvollzugs-

- bedienstete des Landes Hessen - H.B. Wagnitz-Seminar -
- 42 Hauptamtliche Lehrkraft der Aus- und Fortbildungsstätte für Justizvollzugsbedienstete des Landes Hessen - H.B. Wagnitz-Seminar -
- 43 Sachgebietsleitung Schul- und Weiterbildung
- 44 Beauftragte oder Beauftragter für den Berufsschulbereich
- 45 Leitung überregionale Ausbildungsstätten
- 46 Kriminologischer Dienst
- 47 Leitung ADV-Leitstelle Justizvollzug
- 48 Sachbearbeitung ADV-Leitstelle Justizvollzug

Anforderungsprofil 1

Anstaltsleitung

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Anstaltsleitung hat die Gesamtverantwortung in personeller, organisatorischer, vollzuglicher und finanzieller Hinsicht. Sie entwickelt Konzepte und Strategien zur Behandlung, Betreuung und Versorgung der Gefangenen sowie für die Sicherheit und Ordnung und überwacht deren Umsetzung. Sie trifft Entscheidungen in Vollzugsangelegenheiten von grundsätzlicher und/oder erheblicher Bedeutung und ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – abgeschlossenes Hochschulstudium oder die Befähigung zum höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder eine vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse: – fundierte Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht sowie in den angrenzenden Rechtsgebieten
– Kenntnisse im Haushaltsrecht
– Kenntnisse in der Aufbau- und Ablauforganisation
– Verwaltungserfahrung
– Vollzugserfahrung
– ministerielle Erfahrung
– Erfahrung in der Personalführung
– Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft

- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Kreativität
- Repräsentationsfähigkeit
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln

Herausgehobene Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Repräsentationsfähigkeit

Anforderungsprofil 2

Controlling

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Controlllerin oder der Controller wirkt bei der Erstellung, Festlegung und Umsetzung der strategischen und operativen Ziele mit. Weitere Schwerpunkte bilden die Finanzplanung und das Berichtswesen.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: - bestandene Laufbahnprüfung im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse: - Kenntnisse in der Betriebswirtschaftslehre
- Kenntnisse im Haushaltsrecht
- Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
- Kenntnisse in SAP R/3
- Verwaltungs- und Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Initiative
- Kreativität
- Servicebewusstsein
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln

Herausgehobene Anforderungen:

- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln

Anforderungsprofil 3 **Abteilungsleitung Verwaltung**

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Abteilungsleitung Verwaltung ist zuständig für die Organisation, Koordination, Kontrolle und Steuerung der Verwaltungsabläufe (Aufbau- und Ablauforganisation), für Grundsatz- und Einzelangelegenheiten auf dem Gebiet der Personalverwaltung sowie der Haushalts- und Budgetangelegenheiten. Sie trägt Verantwortung für die Umsetzung der Neuen Verwaltungssteuerung und ist Vorgesetzte oder Vorgesetzter der Sachgebiete Personal und allgemeine Verwaltung, Datenverarbeitung, Rechnungswesen, Versorgungswesen und Vollzugsgeschäftsstelle.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung:
- Befähigung zum höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse und Erfahrung in der Aufbau- und Ablauforganisation
 - gute Kenntnisse im Personal- und Tarifrecht
 - gute Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht
 - gute Kenntnisse im Haushaltsrecht
 - Kenntnisse und Erfahrung auf dem Gebiet der Personalentwicklung in der öffentlichen Verwaltung
 - Kenntnisse in der Betriebswirtschaftslehre
 - Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
 - Kenntnisse in SAP R/3
 - ministerielle Erfahrung
 - Verwaltungserfahrung
 - Erfahrung in der Personalführung
 - Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit

- Initiative
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Kreativität
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln

Herausgehobene Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz

Anforderungsprofil 4

Sachgebietsleitung Personal und allgemeine Verwaltung

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachgebietsleitung organisiert und koordiniert die Tätigkeiten im Sachgebiet sowie den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie trägt die Verantwortung für die ordnungsgemäße und fristgerechte Bearbeitung der Personal- und der Verwaltungsangelegenheiten sowie das Organisationsmanagement unter Anwendung der einschlägigen Vorschriften.

Fachliche und methodische Anforderungen:

Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation

Fachkenntnisse: – gute Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
 – gute Kenntnisse im Beamten- und Tarifrecht
 – Kenntnisse in SAP R/3
 – Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
 – Vollzugs- und Verwaltungserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln
- Servicebewusstsein

Herausgehobene Anforderungen:

- Organisationsfähigkeit

Anforderungsprofil 5

Sachbearbeitung Personal und allgemeine Verwaltung

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachbearbeitung bearbeitet Personal-, Verwaltungs- und Organisationsangelegenheiten unter Anwendung der einschlägigen Vorschriften.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen:
- bestandene Laufbahnprüfung im mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
 - Kenntnisse in SAP R/3
 - Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- Servicebewusstsein

Anforderungsprofil 6

Sachgebietsleitung Datenverarbeitung

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachgebietsleitung wirkt bei der Einrichtung der IT-Arbeitsplätze in der Anstalt mit. Sie unterstützt die Abteilungen bei der Einführung neuer Arbeitsverfahren und weist Bedienstete im Umgang mit Hard- und Software ein. Des Weiteren hat sie die Aufgabe, über die Dienstanweisung und Nutzung von Personalcomputern in den hessischen Vollzugsanstalten zu unterrichten und Fehlfunktionen an Geräten und Software in Zusammenarbeit mit der ADV-Leitstelle zu beseitigen. Die Sachgebietsleitung ist für die Datensicherung verantwortlich.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung im mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse: – gute Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
– sehr gute IT-Kenntnisse
– Kenntnisse in SAP R/3
– Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
– Vollzugs- und Verwaltungserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Servicebewusstsein
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln

Herausgehobene Anforderungen:

- Servicebewusstsein

Anforderungsprofil 7

Sachgebietsleitung Rechnungswesen

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachgebietsleitung organisiert und koordiniert die Abläufe der Finanzbuchhaltung (Rechnungslegung, Überwachung Zahlungseingänge, Bearbeitung kreditorischer Rechnungen, Pflege der SAP-Daten) und des daraus resultierenden Berichtswesens.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse: – gute Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
– gute Kenntnisse im Haushaltsrecht
– Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
– Kenntnisse in SAP R/3

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- soziale Kompetenz
- Servicebewusstsein
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln

Herausgehobene Anforderungen:

- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft

Anforderungsprofil 8

Sachbearbeitung Rechnungswesen

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachbearbeitung wirkt bei den Abläufen der Finanzbuchhaltung (Rechnungslegung, Überwachung der Zahlungseingänge, Bearbeitung kreditorischer Rechnungen, Pflege der SAP-Daten) und der ordnungsgemäßen Verwendung des Budgets im kreditorischen und debitorischen Bereich mit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: - bestandene Laufbahnprüfung im mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse: - Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
- Kenntnisse im Haushaltsrecht
 - Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
 - Kenntnisse in SAP R/3

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Servicebewusstsein

Anforderungsprofil 9

Sachgebietsleitung Versorgungswesen

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachgebietsleitung Versorgungswesen ist für die Versorgung und die Organisation der Arbeit und der Ausbildung der Gefangenen zuständig. Ihr obliegt die Führung der Arbeits- und Ausbildungsbetriebe. Sie ist des Weiteren verantwortlich für die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel einschließlich des Beschaffungswesens, die Grundstücks- und Hausverwaltung einschließlich der Bauunterhaltung.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung: – bestandene Laufbahnprüfung im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse: – gute Kenntnisse im Haushaltsrecht
– gute Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
– Kenntnisse in der Betriebswirtschaftslehre
– Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
– Kenntnisse in SAP R/3
– Verwaltungs- und Vollzugserfahrung sowie Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen
– Erfahrung in der Personalführung sowie in verschiedenen Sachgebieten
– Kenntnisse der Arbeitssicherheits-, Unfallverhütungs- und Hygienevorschriften
– Vollzugs- und Verwaltungserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Kreativität
- Servicebewusstsein
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln

Herausgehobene Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Organisationsfähigkeit
- Servicebewusstsein

Anforderungsprofil 10

Sachbearbeitung Versorgungswesen

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachbearbeitung wirkt bei der Versorgung, der Organisation der Arbeit und Ausbildung der Gefangenen, der Beschaffung von Geräten, Materialien und Mobiliar (Anlagenbuchhaltung, Materialwirtschaft) sowie bei der Grundstücks- und Hausverwaltung einschließlich der Bauunterhaltung mit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung im mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse: – Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
– Kenntnisse im Haushaltsrecht
– Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
– Kenntnisse in SAP R/3
– Kenntnisse der Arbeitssicherheits-, Unfallverhütungs- und Hygienevorschriften

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Servicebewusstsein

Anforderungsprofil 11

Sachgebietsleitung Vollzugsgeschäftsstelle

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachgebietsleitung der Vollzugsgeschäftsstelle ist für die Organisation und Durchführung der sich auf die Gefangenen beziehenden Verwaltungsgeschäfte zuständig.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung im mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse: – gute Kenntnisse im Strafvollstreckungsrecht

- Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
- Vollzugs- und Verwaltungserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Servicebewusstsein

Herausgehobene Anforderungen:

- Organisationsfähigkeit

Anforderungsprofil 12
Sachbearbeitung Vollzugsgeschäftsstelle

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachbearbeitung der Vollzugsgeschäftsstelle ist für die Durchführung der sich auf die Gefangenen beziehenden Verwaltungsgeschäfte zuständig.

Fachliche und methodische Anforderungen:

Bildungsvoraussetzungen: - bestandene Laufbahnprüfung im mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation

Fachkenntnisse: - Kenntnisse im Strafvollstreckungsrecht
- Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- Servicebewusstsein

Anforderungsprofil 13

Vollzugsabteilungsleitung

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Vollzugsabteilungsleitung ist zuständig für die Organisation, Koordination, Steuerung und Kontrolle der Arbeitsabläufe und -ergebnisse der Abteilung. Sie ist verantwortlich für die Behandlung und Betreuung der Gefangenen einschließlich Sicherheit und Ordnung sowie für die Erstellung und Fortschreibung des Vollzugsplanes. Sie trifft Entscheidungen in Vollzugsangelegenheiten und erstellt Entwürfe von Konzepten zur Vollzugsgestaltung und überwacht deren Umsetzung.

Fachliche und methodische Anforderungen:

Bildungsvoraussetzung:

- abgeschlossenes Hochschulstudium oder die Befähigung zum höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst
- bestandene Laufbahnprüfung im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation

Fachkenntnisse:

- gute Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
- Kenntnisse in Personal- und Tarifrecht
- Vollzugs- und Verwaltungserfahrung
- Erfahrung in der Personalführung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- Initiative
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Kreativität
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln

Herausgehobene Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz

Anforderungsprofil 14

Psychologischer Dienst

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter im psychologischen Dienst ist in der Diagnostik, Betreuung und Behandlung des Gefangenen tätig und betreibt Krisenintervention. Sie oder er wirkt bei der Personalauswahl und der Organisationsentwicklung mit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung: – abgeschlossenes Hochschulstudium der Psychologie
- Fachkenntnisse: – gute Fachkompetenz und Berufserfahrung
– Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Initiative
- soziale Kompetenz
- Konfliktmanagement

Herausgehobene Anforderungen:

- soziale Kompetenz
- Konfliktmanagement

Anforderungsprofil 15

Sozialdienst

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter im Sozialdienst ist in der sozialarbeiterischen oder sozialpädagogischen Betreuung tätig. Sie oder er wirkt bei der Behandlungsuntersuchung, bei der Planung des Vollzuges, deren Umsetzung einschließlich der Maßnahmen zur Vorbereitung der Entlassung mit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung: – abgeschlossenes Studium der Sozialpädagogik (FH)
oder der Sozialarbeit (FH)

- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse und Erfahrungen in Einzel- und Gruppenarbeit
 - Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht sowie in den angrenzenden Rechtsgebieten

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Initiative
- soziale Kompetenz
- Kreativität
- Konfliktmanagement

Herausgehobene Anforderungen:

- soziale Kompetenz
- Konfliktmanagement

Anforderungsprofil 16

Sachgebietsleitung Sicherheitsdienst

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachgebietsleitung Sicherheitsdienst ist zuständig für die Entwicklung, Umsetzung und Fortschreibung der Sicherheitskonzeption und überwacht die instrumentelle, administrative und kooperative Sicherheit der Justizvollzugsanstalt. Sie trifft im Auftrag der Anstaltsleitung vollzugliche Entscheidungen auf dem Gebiet der Sicherheit, soweit nicht die Zuständigkeit der jeweiligen Vollzugsabteilung betroffen ist.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung:
- Befähigung für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse:
- gute Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und den angrenzenden Rechtsgebieten
 - Vollzugserfahrung auf dem Gebiet der Sicherheit und Ordnung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit

- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Kreativität
- Konfliktmanagement
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln

Herausgehobene Anforderungen:

- Vollzugserfahrung auf dem Gebiet der Sicherheit und Ordnung
- soziale Kompetenz

Anforderungsprofil 17

Vollzugsdienstleitung

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Vollzugsdienstleitung ist Koordinatorin oder Koordinator der Aufgaben des allgemeinen Vollzugsdienstes und Vorgesetzte oder Vorgesetzter in dem ihr oder ihm gemäß Organisationsstruktur zugeordneten Bereich.

Die Vollzugsdienstleitung vertritt die Sicherheitsdienstleitung.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: - bestandene Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
- Fachkenntnisse: - Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
- Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz

Anforderungsprofil 18

Ausbildungsleitung

(allgemeiner Vollzugsdienst, mittlerer Vollzugs- und Verwaltungsdienst, gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst)

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Ausbildungsleitung leitet Dienstanfängerinnen und -anfänger sowie Anwärterinnen und Anwärter an und ist verantwortlich für die Umsetzung der Inhalte der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen sowie der Lehr- und Stoffpläne. Sie ist für die Organisation und Durchführung des praxisbegleitenden Unterrichtes zuständig.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen:
- bestandene Laufbahnprüfung
 - im allgemeinen Vollzugsdienst,
 - im mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst
 - im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst
- Fachkenntnisse:
- gute Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten, der Praxis des Vollzuges und der Vollzugsorganisation
 - pädagogische Fähigkeiten und Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Didaktik
 - Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Konfliktmanagement

Anforderungsprofil 19

Bereichsleitung

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Bereichsleitung organisiert und koordiniert im Auftrag der Vorgesetzten den Personaleinsatz des allgemeinen Vollzugsdienstes des Bereiches. Sie ist in diesem Rahmen verantwortlich für die Abläufe im Bereich und die sichere Unterbringung, Betreuung und Behandlung der Gefangenen.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung des allgemeinen Vollzugsdienstes
- Fachkenntnisse: – Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
– Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Konfliktmanagement

Anforderungsprofil 20

Stations- oder Wohngruppendienst

Aufgabenkurzbeschreibung:

Der Stations- oder Wohngruppendienst ist verantwortlich für die Sicherheit der Station oder Wohngruppe, die sichere Unterbringung der Gefangenen, deren Betreuung und Versorgung. Sie oder er wirkt mit bei der Behandlung der Gefangenen.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
- Fachkenntnisse: – Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Konfliktmanagement

Anforderungsprofil 21

Zentrale

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter organisiert und koordiniert die Abläufe und Dienstgeschäfte der Zentrale und ist zuständig für die Koordination der Abläufe in der Anstalt - insbesondere bei besonderen Vorkommnissen -. Sie oder er gewährleistet die umfassende Information ihrer oder seiner Vorgesetzten.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
- Fachkenntnisse: – Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
– Vollzugserfahrung
– Beherrschung der technischen Betriebseinrichtungen

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz

Herausgehobene Anforderungen:

- Organisationsfähigkeit

Anforderungsprofil 22

Außenpforte

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter organisiert und koordiniert die Abläufe und Dienstgeschäfte der Außenpforte und ist insbesondere zuständig für die Ein- und Auslasskontrollen von Personen und Fahrzeugen.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
- Fachkenntnisse: – Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
– Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Repräsentationsfähigkeit

Anforderungsprofil 23

Besuch

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Besuchsbeamtin oder der Besuchsbeamte organisiert und koordiniert die Abläufe und Dienstgeschäfte beim Besuch, führt Besuche mit den damit verbundenen Kontrolltätigkeiten durch.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
- Fachkenntnisse: – Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
– Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz

Anforderungsprofil 24

Leitung der Kammer

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Leitung der Kammer organisiert und koordiniert im Auftrag der Vorgesetzten den Personaleinsatz, die Abläufe und Dienstgeschäfte in der Kammer. Sie ist verantwortlich für die ordnungsgemäße Kontrolle der ein- und ausgehenden Habe der Gefangenen, die Ausgabe und Verwahrung der Anstaltskleidung, der Privatkleidung, der Wertsachen (soweit nicht Zahlstelle) und der sonstigen Habe der Gefangenen.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
- Fachkenntnisse: – Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
– Kenntnisse der Hygienevorschriften und Arbeitssicherheit
– Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz

Anforderungsprofil 25

Kammer

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Beamtin oder der Beamte der Kammer wirkt mit bei der ordnungsgemäßen Kontrolle der ein- und ausgehenden Habe der Gefangenen, der Ausgabe und Verwahrung der Anstaltskleidung, der Privatkleidung, der Wertsachen (soweit nicht Zahlstelle) und der sonstigen Habe der Gefangenen.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – bestandene Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst

- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
 - Kenntnisse der Hygienevorschriften und Arbeitssicherheit
 - Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- Entscheidungskompetenz

Anforderungsprofil 26
Transport- und Fahrdienst

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Beamtin oder der Beamte des Transport- und Fahrdienstes ist zuständig für die Durchführung des Gefangenentransportes und für Versorgungsfahrten.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen:
- bestandene Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
 - gültige Fahrerlaubnis
- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
 - Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- Belastbarkeit
- Organisationsfähigkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Entscheidungskompetenz

Anforderungsprofil 27

Leitung Gefangenensammeltransport

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Leitung des Gefangenensammeltransportes organisiert die Abläufe, Fahrten und Dienstgeschäfte des Gefangenensammeltransportes sowie die Auslastung der Fahrzeuge.

Des Weiteren obliegt ihr die Überwachung der Instandhaltung der Fahrzeuge, die Verwahrung und Ausgabe der Waffen und Sicherungsmittel.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen:
- bestandene Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
 - gültige Fahrerlaubnis der Klasse D
- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den einschlägigen Rechtsgebieten (EBGTV und GTV)
 - Betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse
 - Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz

Anforderungsprofil 28

Transportleitung

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Transportleitung ist zuständig für den ordnungsgemäßen, sicheren und technisch einwandfreien Zustand des Fahrzeuges und für die Vollzähligkeit und die Gebrauchsfähigkeit der Sicherungsmittel. Des Weiteren ist sie verantwortlich für die ständige und unmittelbare Beaufsichtigung der Gefangenen und des Fahrzeuges. Sie hat nach Beendigung des Transportes zu überprüfen, dass das Fahrzeug vollständig geräumt ist und sich die Kabinen in einem einwandfreien Zustand befinden.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen:
- bestandene Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
 - gültige Fahrerlaubnis der Klasse D
- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den einschlägigen Rechtsgebieten (EBGTV und GTV)
 - Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz

Anforderungsprofil 29 **Transportbegleitung Gefangenensammeltransport**

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Transportbegleitung ist zuständig für die Durchführung des Gefangenensammeltransportes.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen:
- bestandene Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
 - gültige Fahrerlaubnis der Klasse D
- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den einschlägigen Rechtsgebieten (EBGTV und GTV)
 - Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit

Anforderungsprofil 30

Betriebsleitung Ausbildungsbetriebe

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Betriebsleitung ist für die Organisation und Koordination der Arbeitsabläufe im Betrieb, die termingerechte und ordnungsgemäße Erledigung der Arbeitsaufträge und die Durchführung der fachpraktischen Ausbildung inklusive der Anleitung und der Lern- und Erfolgskontrolle zuständig. Sie ist verantwortlich für die Beaufsichtigung der Gefangenen, die sichere Verwahrung von Maschinen, Geräten und Werkzeugen, die Einhaltung der Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften und wirkt bei der Betreuung, Behandlung und Beurteilung der Gefangenen mit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

Bildungsvoraussetzungen: – Meisterprüfung als Handwerks- oder Industriemeister

Fachkenntnisse: – Grundkenntnisse im Vollzugsrecht
– Kenntnisse der Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften
– Grundkenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
– pädagogische Fähigkeiten und Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Didaktik

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz

Anforderungsprofil 31

Betriebsleitung Eigen-, Versorgungs- und Unternehmerbetriebe

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Betriebsleitung ist für die Organisation und Koordination der Arbeitsabläufe im Betrieb, die termingerechte und ordnungsgemäße Erledigung der Arbeitsaufträge zuständig. Sie ist verantwortlich für die Beaufsichtigung der Gefangenen, die sichere Verwahrung von Maschinen, Geräten und Werkzeugen, die Einhaltung der Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften und wirkt mit bei der Betreuung, Behandlung und Beurteilung der Gefangenen.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen:
- Eigenbetriebe:
Meisterprüfung in einem handwerklichen Beruf
 - Versorgungsbetriebe:
Meisterprüfung in einem handwerklichen Beruf oder
Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
 - Unternehmerbetriebe:
Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst
oder Meisterprüfung in einem handwerklichen Beruf
- Fachkenntnisse:
- Grundkenntnisse im Vollzugsrecht
 - Kenntnisse der Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften
 - Grundkenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
 - pädagogische Fähigkeiten und Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Didaktik

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz

Anforderungsprofil 32

Werkdienst

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Beamtin oder der Beamte des Werkdienstes ist für die termingerechte und ordnungsgemäße Erledigung der Arbeitsaufträge, die Beaufsichtigung der Gefangenen, die sichere Verwahrung von Maschinen, Geräten und Werkzeugen, die Einhaltung der Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften zuständig und wirkt mit bei der Betreuung, Behandlung und Beurteilung der Gefangenen.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen:
- Meisterprüfung in einem handwerklichen Beruf

- Fachkenntnisse:
- Grundkenntnisse im Vollzugsrecht
 - Kenntnisse der Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften
 - Grundkenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
 - pädagogische Fähigkeiten und Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Didaktik

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz

Anforderungsprofil 33

Sachgebietsleitung medizinische Versorgung

Aufgabenkurzbeschreibung:

Der Anstaltsärztin oder dem Anstaltsarzt obliegt die medizinische Behandlung, Betreuung und Versorgung der Gefangenen. Sie oder er ist zuständig für die Sicherheit, die Organisation, Koordination und Steuerung der Abläufe im Sachgebiet sowie für die Hygiene der Justizvollzugsanstalt. Sie oder er ist Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner in medizinischen Angelegenheiten, fertigt Stellungnahmen und erstellt fachliche Gutachten. Sie oder er kann insoweit auch die Funktion einer Amtsärztin oder eines Amtsarztes wahrnehmen und ist unter Berücksichtigung der anstaltsorganisatorischen Gegebenheiten Vorgesetzte oder Vorgesetzter des Krankenpflegepersonals.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung:
- Abgeschlossenes Hochschulstudium der Medizin
 - Anerkennung als Fachärztin/Facharzt (bevorzugt Allgemeinmedizin)

- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse im Vollzugsrecht
 - Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
 - Kenntnisse im öffentlichen Gesundheitswesen

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit

- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- Konfliktmanagement
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln

Herausgehobene Anforderungen:

- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft

Anforderungsprofil 34
Leitung Zentralkrankenhaus

Aufgabenkurzbeschreibung:

Der Leitung des Zentralkrankenhauses obliegt die medizinische Behandlung, Betreuung und Versorgung der Gefangenen. Sie ist zuständig für die Sicherheit und Hygiene im Krankenhaus sowie die Organisation, Koordination und Steuerung der Abläufe. Sie ist Ansprechpartnerin in medizinischen Angelegenheiten, fertigt Stellungnahmen, erstellt fachliche Gutachten. Sie kann insoweit auch die Funktion einer Amtsärztin oder eines Amtsarztes wahrnehmen und ist unter Berücksichtigung der anstaltsorganisatorischen Gegebenheiten Vorgesetzte oder Vorgesetzter des Krankenpflegepersonals.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung:
- abgeschlossenes Hochschulstudium der Medizin
 - Anerkennung als Fachärztin/Facharzt (bevorzugt Allgemeinmedizin)
- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht
 - Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
 - Kenntnisse im öffentlichen Gesundheitswesen
 - Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative

Anforderungsprofil 36

Krankenpflegedienst

Aufgabenkurzbeschreibung:

Der Krankenpflegedienst wirkt bei der medizinischen Behandlung, Betreuung und Versorgung der Gefangenen und der Gewährleistung der Sicherheit im Bereich mit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzungen: – Ausbildung zur examinierten Krankenschwester/zum examinierten Krankenpfleger
- Fachkenntnisse: – Grundkenntnisse im Vollzugsrecht

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Konfliktmanagement

Anforderungsprofil 37

Sportlehrer oder Sportlehrerin

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sportlehrerin oder der Sportlehrer ist zuständig für die Durchführung des Gefangenensportes und von Freizeitveranstaltungen. Sie oder er erstellt im Benehmen mit den besonderen Fachdiensten weiterentwickelnde Konzepte und klientelbezogene Programme, setzt sie um, führt sportpädagogische Projekte innerhalb und außerhalb der Vollzugsanstalt durch, wirkt bei der Vollzugsplanung mit und übt Lehrtätigkeit aus.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung: – Sportstudium (FH) Diplom-Sportlehrer oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse: – Grundkenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
- Berufserfahrung
 - pädagogische Fähigkeiten und Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Didaktik

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Kreativität

Anforderungsprofil 38

Sportübungsleiterin oder Sportübungsleiter

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sportübungsleiterin oder der Sportübungsleiter ist zuständig für die Durchführung des Gefangenensportes und von Freizeitveranstaltungen. Sie oder er wirkt an der Erstellung weiterentwickelnder Konzepte und klientelbezogener Programme und deren Umsetzung sowie an sportpädagogischen Projekten innerhalb und außerhalb der Vollzugsanstalt mit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung:
- Laufbahnprüfung im allgemeinen Vollzugsdienst oder vergleichbare Qualifikation
 - Sportübungsleiterlizenz
- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
 - Berufserfahrung
 - pädagogische Fähigkeiten und Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Didaktik

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Kreativität

Anforderungsprofil 39

Leitung der Aus- und Fortbildungsstätte für Justizvollzugsbedienstete des Landes Hessen - H. B. Wagnitz-Seminar -

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Leitung der Aus- und Fortbildungsstätte für Justizvollzugsbedienstete des Landes Hessen - H. B. Wagnitz-Seminar - hat die Gesamtverantwortung in personeller, organisatorischer, konzeptioneller und finanzieller Hinsicht. Sie ist zuständig für Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung der Justizvollzugsbediensteten, wirkt in Auswahl- und Prüfungsgremien mit und betreibt Öffentlichkeitsarbeit.

Sie ist Disziplinarvorgesetzte oder Disziplinarvorgesetzter aller Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahnen des mittleren und gehobenen Dienstes des Justizvollzugs und übt Lehrtätigkeit aus. Sie oder er ist zuständig für die Organisation der Auswahl der Justizvollzugsbediensteten bzw. wirkt an der Auswahl mit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

Bildungsvoraussetzung: – abgeschlossenes Hochschulstudium oder Befähigung zum höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder eine vergleichbare Qualifikation

Fachkenntnisse: – fundierte Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht sowie in den angrenzenden Rechtsgebieten
– Kenntnisse im Haushaltsrecht
– Kenntnisse im Bereich der Aufbau- und Ablauforganisation
– Vollzugserfahrung
– ministerielle Erfahrung
– Erfahrung in der Personalführung
– Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen
– pädagogische Fähigkeiten und Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Didaktik

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Kreativität

- Repräsentationsfähigkeit
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln
- Servicebewusstsein

Herausgehobene Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Repräsentationsfähigkeit
- Servicebewusstsein

Anforderungsprofil 40

Abteilungsleitung Ausbildung bei der Aus- und Fortbildungsstätte für Justizvollzugsbedienstete des Landes Hessen - H. B. Wagnitz-Seminar -

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Abteilungsleitung Ausbildung entwickelt Konzepte, organisiert und koordiniert die Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter im mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst, im allgemeinen Vollzugsdienst und ist zuständig für die fachpraktische Ausbildung des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes und die praxisbegleitende Lehrveranstaltung. Sie übt Lehrtätigkeit aus und ist zuständig für die Aktualisierung und Umsetzung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen und der Lehr- und Stoffpläne und wirkt in Auswahl- und Prüfungsgremien mit. Sie ist verantwortlich für eine Vereinheitlichung der Inhalte der fachpraktischen Ausbildung und deren Qualität sowie für die Schulungen der Ausbildungsleiterinnen und -leiter und wirkt bei deren Beurteilung und Bestellung mit. Sie organisiert das Einstellungsverfahren für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- | | |
|------------------------|--|
| Bildungsvoraussetzung: | <ul style="list-style-type: none"> - abgeschlossenes Hochschulstudium oder Befähigung zum höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation |
| Fachkenntnisse: | <ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht sowie in den angrenzenden Rechtsgebieten - Vollzugs- und Verwaltungserfahrung - Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen - pädagogische Fähigkeiten und Kenntnisse auf dem Gebiet der Didaktik |

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- Initiative
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Kreativität
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln
- Servicebewusstsein

Herausgehobene Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Servicebewusstsein

Anforderungsprofil 41

Abteilungsleitung Fortbildung bei der Aus- und Fortbildungsstätte für Justizvollzugsbedienstete des Landes Hessen - H. B. Wagnitz-Seminar -

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Abteilungsleitung Fortbildung ist zuständig für die Entwicklung von Konzepten für die Fortbildung. Sie organisiert und koordiniert die Fortbildung, ist für deren Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung verantwortlich und führt selbst Fortbildungsmaßnahmen durch. Sie ist verantwortlich für die Inhalte der fachpraktischen Ausbildung und Qualität sowie für die Schulungen der Fortbildungsbeauftragten und wirkt bei deren Bestellung und Beurteilung mit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- | | |
|------------------------|--|
| Bildungsvoraussetzung: | <ul style="list-style-type: none"> - abgeschlossenes Hochschulstudium oder Befähigung zum höheren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder vergleichbare Qualifikation |
| Fachkenntnisse: | <ul style="list-style-type: none"> - Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht sowie in den angrenzenden Rechtsgebieten - Vollzugs- und Verwaltungserfahrung - Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen - pädagogische Fähigkeiten und Kenntnisse auf dem Gebiet der Didaktik |

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Organisationsfähigkeit
- Initiative
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Kreativität
- betriebswirtschaftliches Denken und Handeln
- Servicebewusstsein

Herausgehobene Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Servicebewusstsein

Anforderungsprofil 42

Hauptamtliche Lehrkraft bei der Aus- und Fortbildungsstätte für Justizvollzugsbedienstete des Landes Hessen - H. B. Wagnitz-Seminar -

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die hauptamtliche Lehrkraft ist zuständig für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Unterrichtes auf der Grundlage der Lehr- und Stoffpläne. Sie wirkt mit bei der Erstellung von Konzepten zur Aus- und Fortbildung und bei der Betreuung der Anwärterinnen und Anwärter auch außerhalb des Unterrichtsbetriebes.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung:
- abgeschlossenes Hochschulstudium oder bestandene Laufbahnprüfung im gehobenen oder mittleren Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder im allgemeinen Vollzugsdienst
- Fachkenntnisse:
- Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
 - Kenntnisse der Aufbau- und Ablauforganisation
 - Vollzugserfahrung

- Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen
- pädagogische Fähigkeiten und Kenntnisse auf dem Gebiet der Didaktik

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Kreativität

Anforderungsprofil 43

Sachgebietsleitung Schul- und Weiterbildung

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachgebietsleitung (Anstaltslehrerin oder -lehrer) ist zuständig für die Organisation, Koordination und Durchführung der beruflichen und schulischen Bildung der Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt. Sie unterrichtet und wirkt bei der Vollzugsplanung mit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung: - Lehrbefähigung für Sekundarstufe I
- Fachkenntnisse: - Kenntnisse im Vollzugsrecht und in den angrenzenden Rechtsgebieten
- Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Kreativität

Anforderungsprofil 44

Beauftragte oder Beauftragter Berufsschulbereich

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die oder der Beauftragte berät die für den Berufsschulunterricht zuständigen Lehrkräfte und stimmt alle berufsschulischen Maßnahmen mit den zuständigen Institutionen ab. Sie oder er hat darüber hinaus noch die Zuständigkeit für die Konzeptentwicklung im schulischen und beruflichen Bildungsbereich, wirkt mit bei der Koordination der beruflichen Bildungsmaßnahmen in den Vollzugsanstalten, bei Planungsvorhaben und Neueinrichtung justizvollzugseigener Ausbildungsstätten sowie bei beruflichen Bildungsmaßnahmen.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung: – abgeschlossenes Hochschulstudium oder vergleichbare Qualifikation
- Fachkenntnisse: – Kenntnisse im Vollzugsrecht sowie in den angrenzenden Rechtsgebieten
– Kenntnisse im außervollzuglichen Bildungsbereich
– Vollzugserfahrung
– Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen
– pädagogische Fähigkeiten und Grundkenntnisse auf dem Gebiet der Didaktik

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Kreativität

Anforderungsprofil 45

Leitung überregionaler Ausbildungsstätten

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Leitung einer überregionalen Ausbildungsstätte ist verantwortlich für die Organisation und Koordination der beruflichen und schulischen Bildung der Gefangenen, wirkt mit bei der Vollzugsplanung, erstellt Konzepte, führt Bildungsmaßnahmen durch und übt Lehrtätigkeit aus.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung: – Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I
- Fachkenntnisse: – Kenntnisse im Vollzugsrecht sowie in den angrenzenden Rechtsgebieten
– Vollzugserfahrung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Kreativität

Anforderungsprofil 46 **Kriminologischer Dienst**

Aufgabenkurzbeschreibung:

Der Kriminologische Dienst führt wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema Justizvollzug im Hinblick auf ihre Relevanz für die Weiterentwicklung der Behandlungsmethoden sowie zu speziellen Fragestellungen durch. Weiterhin arbeitet er in Arbeitsgruppen mit und leitet oder begleitet Modellprojekte im hessischen Justizvollzug.

Fachliche und methodische Anforderungen:

- Bildungsvoraussetzung: – abgeschlossenes Hochschulstudium mit Schwerpunkt Kriminologie
- Fachkenntnisse: – Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht
– Kenntnisse und Erfahrungen in den Methoden zur Auswertung und Entwicklung von Konzepten, zur Auswertung von Statistiken und Untersuchungen mit Schlussfolgerungen
– Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit

- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Kreativität
- Repräsentationsfähigkeit

Anforderungsprofil 47

Leitung ADV-Leitstelle Justizvollzug

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Leitung der ADV-Leitstelle hat die Fachaufsicht über alle im Vollzug implementierten DV-Verfahren, organisiert, koordiniert, kontrolliert und steuert die Arbeitsabläufe und -ergebnisse der ADV-Leitstelle. Sie ist zuständig für die Einführung, Pflege und Weiterentwicklung vollzugsspezifischer Software sowie für die Ausstattung, Pflege und Verwaltung der Hardware im Justizvollzug. Weiterhin gehört zu den Aufgaben die Bereitstellung von Serviceleistungen. Sie wirkt bei der datentechnischen Lösung vollzugsspezifischer Fragen mit.

Fachliche und methodische Anforderungen:

Bildungsvoraussetzung: - abgeschlossenes Hochschulstudium oder Befähigung für den höheren Dienst oder vergleichbare Qualifikation

Fachkenntnisse: - Kenntnisse in SAP R/3
 - Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
 - Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht
 - Kenntnisse in der Betriebswirtschaftslehre
 - Kenntnisse im Haushaltsrecht
 - ministerielle Erfahrungen
 - Verwaltungserfahrung
 - Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen
 - Erfahrung in der Personalführung

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Führungskompetenz/-erfolg
- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative

- Organisationsfähigkeit
- soziale Kompetenz
- Entscheidungskompetenz
- Servicebewusstsein
- Kreativität
- Repräsentationsfähigkeit

Herausgehobene Anforderungen:

- Servicebewusstsein
- Initiative

Anforderungsprofil 48

Sachbearbeitung ADV-Leitstelle Justizvollzug

Aufgabenkurzbeschreibung:

Die Sachbearbeitung der ADV-Leitstelle wirkt bei der Einführung, Pflege und Weiterentwicklung vollzugsspezifischer Software sowie bei der Ausstattung, Pflege und Verwaltung der Hardware im Justizvollzug mit. Weiterhin hat sie fachbezogene Serviceleistungen und Auswertungen zu erbringen.

Fachliche und methodische Anforderungen:

Bildungsvoraussetzung: - abgeschlossenes Studium (FH) oder
 - bestandene Laufbahnprüfung im mittleren oder gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst oder im allgemeinen Vollzugsdienst oder vergleichbare Qualifikation

Fachkenntnisse: - Kenntnisse in SAP R/3
 - Kenntnisse im Vollzugs- und Verwaltungsrecht
 - Kenntnisse im Haushaltsrecht
 - Kenntnisse im betrieblichen Rechnungswesen
 - Erfahrung in verschiedenen Vollzugseinrichtungen

Persönliche und soziale Anforderungen:

- Auffassungsgabe/geistige Beweglichkeit
- mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit
- Belastbarkeit
- Verantwortungsbewusstsein/-bereitschaft
- Initiative
- Organisationsfähigkeit
- Verhandlungsgeschick/Fähigkeit sich durchzusetzen
- Servicebewusstsein
- Kreativität

PERSONALNACHRICHTEN

Die Personalnachrichten enthalten nur solche Personalveränderungen, mit deren Veröffentlichung sich die oder der Bedienstete einverstanden erklärt hat.

Oberlandesgericht

Ernannt wurde:

Zum Richter
am OLG : Richter am AG Wolf Gestefeld in Frankfurt am Main.

Landgerichte

Ernannt wurden:

Zum Vors. Richter
am LG : Richter am AG Thomas Matheja in Wiesbaden;

zur Richterin
am LG : Richterinnen auf Probe Dr. Bettina Bokelmann und
Clementine Englert in Frankfurt am Main – unter Berufung
in das Richterverhältnis auf Lebenszeit –;

zum Richter
am LG : Richter auf Probe Moritz Rögler in Frankfurt am Main –
unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit –.

Versetzt wurde:

Richterin am LG Anja Hartmann v. d. LG Limburg a. d. Lahn a. d. LG Frankfurt am Main.

Ausgeschieden sind:

Ruhestand:

Vors. Richter am LG Karlheinz Schaumburg und Rolf Friedrich Schwalbe in Frankfurt
am Main.

Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten

Ernannt wurde:

Zum RR : RR z. A. Helmut Gros in Frankfurt am Main.

Verwaltungsgerichte

Ernannt wurden:

Zur OSekr. in : Sekr. innen Heidi Milde und Nadine Wörner in Frankfurt am Main.

Versetzt wurde:

OlInsp. Steffen Baumert v. d. RP Darmstadt a. d. VG Darmstadt.

Arbeitsgerichte

Ausgeschieden ist:

Ruhestand:

Richter am ArbG Josef Wohlrab in Darmstadt.

Anwaltsgerichtshof

Bestellt wurde:

Richter am OLG Karl Stamm zum Mitglied des Hessischen Anwaltsgerichtshof.

Anwaltsgerichte

Ernannt wurde:

RA und Notar Horst Riemer zum ehrenamtlichen Richter bei dem Anwaltsgericht für den Bezirk der Rechtsanwaltskammer Kassel – unter Berufung in ein ehrenamtliches Richterverhältnis –.

Notarinnen und Notare

Ausgeschieden sind:

Entlassung auf eigenen Antrag:

Notare Ralph Treckmann in Frankfurt am Main, Hans D. Möller in Kassel und Dieter Niklas in Nauheim.

Erlöschen des Notaramtes durch Erreichen der Altersgrenze:

Notare Joachim Rössel in Frankfurt am Main und Dr. Friedrich Karl Bunn in Hofheim.

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Es wird Bewerbungen entgegengesehen um die Stelle für:

1. Eine Geschäftsleiterin oder einen Geschäftsleiter (§ 7 GO)
bei dem Amtsgericht Alsfeld.

Bezüglich der vorgenannten Stellenausschreibung wird erwartet, dass die Bewerberin oder der Bewerber folgendem Anforderungsprofil entspricht:

I. Allgemeine Voraussetzungen:

- Pflichtbewusstsein
- Leistungsbereitschaft
- Belastbarkeit
- Flexibilität
- Initiative
- Besonders gute Auffassungsgabe
- Gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen
- Kostenbewusstsein

II. Besondere Voraussetzungen:

1. Fachkompetenz

- Erfahrung in der Rechtspflege und / oder der Justizverwaltung
- Mindestens gutes fachliches Können

2. Soziale Kompetenz

- Kontaktfähigkeit, Gesprächsbereitschaft
- Fähigkeit zur Konfliktlösung und Einfühlungsvermögen
- Fähigkeit zu interner und externer Zusammenarbeit

3. Führungskompetenz

- Fähigkeit zum Vorbild
- Entscheidungskompetenz, Durchsetzungsvermögen, Verhandlungsgeschick
- Befähigung zur Personalführung und Motivation

4. Organisatorische Kompetenz

- Befähigung zur Steuerung und Veränderung von Organisationsabläufen
- Befähigung zur Entwicklung und Umsetzung von Neuerungen
- Befähigung zum sachgerechten Personaleinsatz.

Interessierten Frauen und Männern wird die Möglichkeit gegeben, sich durch Schulung und Hospitation auf die Übernahme der Stelle vorzubereiten.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Schwerbehinderte Beamtinnen und Beamte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind **innen eines Monats** auf dem Dienstweg an den Direktor des Amtsgerichts Alsfeld zu richten.

Herausgeber, Verlag: Hessisches Ministerium der Justiz, Wiesbaden.

Für den Inhalt verantwortlich: Ministerialdirigent Dr. Schultze, Wiesbaden

Das Blatt erscheint in der Regel monatlich einmal. Jahres-Abonnement-Bestellungen sind an das Hessische Ministerium der Justiz (Ref. II/10), Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden, zu richten. Der jährliche Bezugspreis in Höhe von EURO 18,50 ist auf das Konto 100 002 590 bei der Nassauischen Sparkasse Wiesbaden (BLZ 510 500 15) (Staatshauptkasse Hessen) zu überweisen. Als Einzahlungsabsender ist die jeweilige Zustellungsanschrift zu nennen.

Einzelstücke können bei der Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –, Marienburgstraße 74, 64297 Darmstadt, bestellt werden.

Preis dieser Nummer: 1,07 EURO.

Abonnementkündigungen können nur zum Ende eines Kalenderjahres vorgenommen werden.

Einbanddecken werden von den Justizvollzugsanstalten 64297 Darmstadt und 34121 Kassel preiswert hergestellt.

Druck: Justizvollzugsanstalt Darmstadt – Fritz-Bauer-Haus –

Dieses Produkt wird zu 100 % aus Recycling-Papier hergestellt.